

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 3/88

Berlin

21. Januar 1988

55. Jahrgang

10 Jahre Strukturberichterstattung des DIW

Inzwischen ist die dritte Runde der Strukturberichterstattung abgeschlossen. Das DIW hat Ende Oktober des vergangenen Jahres die Strukturberichterstattung 1987 unter dem Titel „Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum“ vorgelegt, deren Kurzfassung auf Wunsch vom Institut erhältlich ist. Die Langfassung erscheint in Kürze im Buchhandel. Ziel dieses Beitrags ist es daher nicht, schwerpunktmäßig auf den jüngsten Strukturbericht, sondern auf das Gesamtprojekt einzugehen. Zehn Jahre Strukturberichterstattung sind Anlaß genug, sich Gedanken zu machen über das ursprüngliche Anliegen und seine Fortentwicklung, das bisher Erreichte und die erkannten Defizite.

Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute haben sich auch vor der Strukturberichterstattung mit strukturellen Entwicklungen auseinandergesetzt. Der Versuch, diese Arbeiten zu institutionalisieren, ging jedoch weit darüber hinaus: Die Akzente in der empirischen Wirtschaftsforschung wurden anders gesetzt als bisher. Neben die schon seit langem etablierte Konjunkturberichterstattung sollten in regelmäßigen Abständen auf der Basis eines einheitlichen Informationssystems erarbeitete Berichte treten, deren Hauptaugenmerk auf die längerfristigen strukturellen Entwicklungen der deutschen Volkswirtschaft gerichtet ist.

Zur Konzeption der Strukturberichterstattung

Es ist sicherlich kein Zufall, daß diese Strukturberichte von den fünf großen Forschungsinstituten erarbeitet werden sollten, die auch an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligt sind. Damit ist der Zwang institutionalisiert worden, sich mit der Grundhypothese auseinanderzusetzen, daß der strukturelle Wandel entscheidend auch von den Bedingungen geprägt wird, die von der Politik der globalen Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung gesetzt werden. Befruchtend war die Einsicht in diese Zusammenhänge allerdings nicht nur für die Strukturberichterstattung: Auch für die Konjunkturberichterstattung wurde deutlicher, daß Globalpolitik immer auch Strukturpolitik ist, und zwar nicht nur in dem Sinne, daß jede prozeßpolitische Maßnahme auch strukturelle Auswirkungen hat, sondern auch, daß eine effiziente Prozeßpolitik häufig nur mit strukturpolitischen Mitteln im weitesten Sinne möglich ist.

Die wirtschaftliche Entwicklung nach 1973 hat diesen Prozeß sicherlich beschleunigt. In dieser Phase — Erdölpreisschub, weltweite Rezession, Probleme der Stagflation und sprunghaft gestiegene Arbeitslosigkeit — nahm die Polarisierung der politischen Auseinandersetzungen über Strukturpolitik und Steuerungsmöglichkeiten der Wirtschaft zu. Die Positionen in den Auseinandersetzungen über den Stellenwert der Strukturpolitik gingen von der Investitionslenkung (linke SPD), über die Investitionsmeldestellen (DGB) bis hin zum Verzicht auf spezielle strukturpolitische Eingriffe (Teile der CDU, FDP). Gleichzeitig trat aber auch die Diskrepanz zwischen der vermuteten Bedeutung struktureller Faktoren sowie dem empirischen Wissen über den Strukturwandel und seine Determinanten zutage.

Wenn in der Regierungserklärung vom 16.12.1976 angekündigt wurde: „Für eine besser koordinierte Industriepolitik wird eine sektorale Strukturberichterstattung ent-

wickelt“, so waren die Hoffnungen sicherlich auch darauf gerichtet, diese Diskussion zu versachlichen. Auf der Grundlage von Voruntersuchungen zur „Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen“ wurden Anfang 1978 die fünf großen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute vom Bundesminister für Wirtschaft mit der „Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft“ beauftragt. Die Konkretisierung des Auftrags im Jahreswirtschaftsbericht 1978 umfaßte folgende Punkte:

- Erforschung von Ursachen und Entwicklungslinien des Strukturwandels sowie Darstellung der Wechselwirkungen zwischen struktureller und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung;
- Verdeutlichung der Implikationen der Wirtschaftspolitik und der Rahmengestaltung sowie Wirkungsanalysen staatlicher Interventionen, insbesondere der Subventionen.

Wichtige Vorgaben für die Strukturberichterstattung wurden gleichzeitig präzisiert: Die beteiligten Institute sollten die Strukturberichte — anders als bei der Gemeinschaftsdiagnose — in Konkurrenz zueinander erstellen. Das Statistische Bundesamt wurde beauftragt, hierfür eine disaggregierte, konsistent mit den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abgestimmte Datenbasis bereitzustellen. Die Aufträge zur zweiten Runde folgten im wesentlichen dieser generellen Linie.

Damit lassen sich die Anforderungen an die Strukturberichterstattung folgendermaßen umschreiben:

- Erarbeitung empirischer Grundlagen für eine Analyse der strukturellen Entwicklung in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt, aber auch Ergänzungen in eigener Regie;
- Wirkungsanalyse der Wirtschaftspolitik, wobei Globalsteuerung, staatliche Rahmensetzungen und Interventionen, insbesondere Subventionen, einzubeziehen sind;
- Hinweise auf strukturelle Fehlentwicklungen sowie Politikberatung.

Die Informationsfunktion der Strukturberichterstattung

Schon aus dem Auftrag wurde deutlich, daß ein solches Vorhaben auf der Basis der verfügbaren Informationen kaum zu verwirklichen gewesen wäre. Die Anforderungen der Wirtschaftsforschungsinstitute haben daher zu einer beträchtlichen Erweiterung der vom Statistischen Bundesamt bereitgestellten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) geführt (vgl. Fachserie 18, Reihe S. 3). Dies betrifft eine Fülle von Aggregaten, die heute aus Strukturanalysen auch außerhalb der Strukturberichterstattung nicht mehr wegzudenken sind. Viele Wünsche

sind aber trotzdem noch unerfüllt. Benötigt werden beispielsweise tiefere Untergliederungen einzelner Wirtschaftszweige und vor allem eine bessere Erfassung von Dienstleistungen und Dienstleistungsunternehmen in der amtlichen Statistik. Unzulänglich ist z.T. der Nachweis von Preisentwicklungen auf sektoraler Ebene. Die Defizite in diesem Bereich wiegen schwer, da die Steuerungsfunktion der relativen Preise in Theorien des Strukturwandels eine zentrale Rolle spielt. Noch am besten belegt sind die Informationen über die Faktorpreise. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß ihr — sicher vorhandener — Einfluß auf die Struktur des Faktoreinsatzes häufig überschätzt wird (vgl. DIW 1981, S. 102 ff.).

Dabei hat sich gezeigt, daß die Erarbeitung einer Informationsbasis und die Fortentwicklung von empirisch gehaltvollen Hypothesen oft Hand in Hand gehen. Ein Beispiel hierfür ist die Ermittlung von Renditen. Das DIW hat im Strukturbericht 1980 Ergebnisse von Renditeberechnungen vorgelegt (DIW 1981, S. 96 ff.), die Anlaß zu ausführlichen und kontrovers geführten Diskussionen — insbesondere mit dem RWI — gewesen sind. Einige Abweichungen waren auch auf die unvollständige Informationsbasis zurückzuführen. Diese Defizite sind inzwischen vom Statistischen Bundesamt weitgehend beseitigt worden, so daß die Differenzen der verschiedenen Ansätze mittlerweile klar auf der Hand liegen; sie betreffen vor allem Bewertungsfragen. Ein weiteres Beispiel für eine hilfreiche Fortentwicklung der amtlichen Statistik ist die tiefe sektorale Gliederung der Verwendungsseite der VGR.

Diesen vielfach erzielten Informationsgewinnen müssen in Teilbereichen der amtlichen Statistik aber auch Rückschlüsse gegenübergestellt werden. Insbesondere haben die Statistikbereinigungsgesetze von 1980 und 1986 zu Einschränkungen geführt; sie betreffen vor allem die Statistiken im produzierenden Gewerbe, im Umwelt-, im Verkehrs- und im Sozialbereich. Ein anderes, ins Gewicht fallendes Beispiel für eine maßgebliche Behinderung der Strukturberichterstattung sind sektoral gegliederte Einkommensteuerstatistiken, die seit 1977 nicht mehr zur Verfügung stehen. Damit sind Analysen über die Nettoeffekte von Subventionierung und Besteuerung in den Wirtschaftszweigen für aktuellere Jahre nicht mehr möglich. Sie könnten — unter anderem — Aufschlüsse über die sektoralen Wirkungen von Steuersenkungen geben, die durch Subventionsabbau finanziert werden.

Strukturberichterstattung und Theorie des Strukturwandels

Die theoretische Grundlage der Strukturberichterstattung ist besonders auf dem vom Wissenschaftszentrum Berlin veranstalteten Kolloquium heftig diskutiert worden (vgl. Gahlen, Rahmeyer 1982). Ausgangspunkt war die sicherlich zutreffende Feststellung, daß es eine umfassende Theorie des Strukturwandels nicht gibt. Struktur-

wandel hat aber sicherlich mehr Dimensionen, als in einer sektoralen Strukturberichterstattung — mit der Vorgabe einer institutionellen Gliederung der Gesamtwirtschaft in ca. 60 Sektoren — angemessen berücksichtigt werden können. Ein Charakteristikum des Strukturwandels in der Bundesrepublik ist ja gerade, daß ein wesentlicher Teil innerhalb der Unternehmen und Branchen stattfindet. Dieses Problem ist in besonderem Maße bei der Analyse der Strukturverschiebungen zwischen sekundärem und tertiärem Sektor zutage getreten. Beide Erscheinungsformen — die des inter- und des intrasektoralen Strukturwandels — sind hier bedeutsam; der intrasektorale Strukturwandel kann aber mit der vorhandenen Datenbasis nur ansatzweise verdeutlicht werden (vgl. DIW 1986a).

Ein anderer, auch wirtschaftspolitisch wichtiger Aspekt ist der unternehmensgrößenpezifische Strukturwandel. Und schließlich spielt in diesem Zusammenhang auch die regionale Dimension des Strukturwandels eine wesentliche Rolle, da sich gezeigt hat, daß das Entwicklungsprofil einer Branche in den Regionen teilweise erhebliche Unterschiede aufweist. Sektoral differenzierte Strukturuntersuchungen auf Bundesebene, in denen die regionalen Unterschiede zwangsläufig unberücksichtigt bleiben, bergen daher die Gefahr einer Fehleinschätzung der Entwicklungsperspektiven von Branchen.

Erscheint schon der Anspruch sehr hoch, eine Theorie des Zusammenhangs von gesamtwirtschaftlicher und sektoraler Wirtschaftsentwicklung zu finden, so sind die Erwartungen, daß die Strukturberichterstattung zu einer umfassenden Theorie des Strukturwandels führt, erst recht zu hoch gespannt. Andererseits sind auch die Angebote der „Theoretiker“ keine unmittelbare Hilfe für die Strukturberichterstattung. Von Streissler ist beispielsweise als Referenzmodell des Strukturwandels die (neoklassische) Theorie des mehrsektoralen gleichschrittigen Wachstums ins Spiel gebracht worden. Tatsächliche strukturelle Entwicklungen sollen dann auf der Basis einer solchen Theorie als Abweichungen von einem ‚Normalmuster‘ interpretiert werden. Der Standpunkt des „reinen“ Theoretikers, der Empiriker könne erst auf der Grundlage einer vorgegebenen Theorie seine Arbeit beginnen, ist unbefriedigend; theoretisches und empirisches Arbeiten lassen sich nicht in dieser Art trennen. Strukturberichterstattung muß in großen Teilen auch dem Prozeß der Hypothesenfindung und der Entwicklung von Methoden zugeordnet werden, für den es bekanntermaßen keine Spielregeln gibt.

Die pointierten Auseinandersetzungen zwischen Empirikern und Theoretikern haben zumindest eines deutlich werden lassen: Die Fülle der verschiedenen Aspekte des Strukturwandels sprengt bisher einen einheitlichen Erklärungsansatz. Ob dies nur temporär so ist oder in der Natur der Sache liegt, mag hier dahingestellt bleiben. Im übrigen sind die verschiedenen Möglichkeiten zur Erklärung des strukturellen Wandels, auf die — implizit oder

explizit — zurückgegriffen werden muß, für den jeweiligen Sachverhalt viel detaillierter, als es umfassende Strukturtheorien — wie z.B. die Drei-Sektoren-Theorie, Produktzyklentheorien, Stufentheorien oder gar die oben erwähnte Theorie des mehrsektoralen gleichschrittigen Wachstums — sein können. Aber auch partikuläre Theorienansätze müssen häufig genug modifiziert werden, damit man sie mit verfügbaren Daten konfrontieren kann. Ob dies dann immer eine hinreichende „Überprüfung“ der jeweiligen Theorie ist, muß offenbleiben.

Das DIW hat in seiner „Konzeption einer Strukturberichterstattung“ vorgeschlagen, zur konsistenten Erfassung der gesamtwirtschaftlichen und sektoralen Entwicklung ein entsprechend disaggregiertes ökonometrisches Modell zugrunde zu legen. Der Bundesminister für Wirtschaft hat diesen Gedanken aufgegriffen und das DIW mit der Untersuchung von Anwendungsmöglichkeiten des unter der Leitung von Wilhelm Krelle entwickelten Bonner Strukturmodells beauftragt. Inzwischen ist das Modell neu konzipiert worden, um auch den Anforderungen der Strukturberichterstattung besser gerecht zu werden. Das FIND-Modell (**F**orecasting **I**nterindustrial **D**evelopment) enthält derzeit eine Gliederungstiefe von 51 Wirtschaftszweigen; es verbindet konsistent Angebots- und Nachfrage-seite jedes Wirtschaftszweiges. Die produktionstheoretischen Überlegungen auf sektoraler Ebene erfordern die Einbeziehung von Input-Output-Tabellen, Importmatrizen und anderer Daten. Dadurch wird die Implementation solcher Modelle mit vielen tausend endogenen Variablen sehr aufwendig. Diese Größenordnungen erschweren auch die Handhabung des Gesamtmodells. Infolgedessen liegen die bisherigen Erfolge des Modells mehr in der Anwendung einzelner Teilmodelle, nicht so sehr in einer Verknüpfung von gesamtwirtschaftlicher und sektoraler Entwicklung (vgl. hierzu die Dokumentation in den Vierteljahrsheften zur Wirtschaftsforschung des DIW, Heft 3–1986).

Prognosen im Rahmen der Strukturberichterstattung?

Ein Grund für die Diskussion über eine theoretische Fundierung der empirischen Analyse des sektoralen Strukturwandels ist die immer wieder geäußerte Anregung, die Ergebnisse der Strukturberichterstattung in Prognosen umzusetzen. Dieses Problem besteht, auch wenn Prognosen kein expliziter Bestandteil des Auftrags zur Strukturberichterstattung sind. Der Zusammenhang scheint einfach: Ohne zutreffende Diagnose keine Prognose, ohne Prognose keine fundierte Politikbeurteilung. Oder anders herum: Die notwendige Bedingung für eine vertretbare Politikempfehlung ist die Prognose; der Test einer richtigen Diagnose besteht darin, daß auf ihrer Basis Prognosen erstellt werden können.

So sehr dieser Gedankengang einleuchtet, so schwer ist es, diese Schritte im einzelnen zu verwirklichen. Im wesentlichen sind Prognosen auf der Grundlage von ökonomischen

metrischen Modellen, d. h. von statistisch überprüften Theorieansätzen, immer bedingte Prognosen. Im Rahmen der Strukturberichterstattung ergeben sich vor allem zwei Probleme: Die lange Frist und die Sektoralisierung von Prognosen. „Szenarien“ ist hier die bessere Bezeichnung, damit falsche Assoziationen vermieden werden. Denn allenfalls lassen sich langfristig die den Strukturwandel beeinflussenden technischen Entwicklungen sowie die sozialen und politischen Reaktionen in plausiblen Referenz- und Alternativszenarien abbilden. Dies hat das DIW auf der Grundlage eines gesamtwirtschaftlichen, längerfristig orientierten ökonomischen Modells unter Nutzung der den volkswirtschaftlichen Kreislaufzusammenhang konsistent abbildenden VGR wiederholt gezeigt. Schon hier ergeben sich aufgrund unterschiedlicher Vorgaben über weitgehend unbeeinflussbare Entwicklungen — wie den Welthandel —, aber auch aufgrund der Unsicherheiten über Größen wie die zukünftige Produktivitätsentwicklung ganz unterschiedliche Szenarien, selbst auf mittlere Sicht.

Die Stärke von Szenarien liegt darin, Politikempfehlungen bzw. Verhaltensänderungen in ihren quantitativen Auswirkungen verdeutlichen zu können. Bei einer möglichen Sektoralisierung solcher Szenarien werden die Unsicherheitsbereiche sehr groß; insofern dürfen solche disaggregierten Szenarien keinesfalls als Prognose der zukünftigen Entwicklung eines Wirtschaftszweiges angesehen werden. Trotz aller Schwierigkeiten und notwendigen Einschränkungen gehört es zu den ständigen Aufgaben der an der Strukturberichterstattung beteiligten Forschungsinstitute, Prognosen — auch sektoraler Art — in eigener Verantwortung zu erstellen.

Was der Auftraggeber zu Recht befürchtet, sind Fehlinterpretationen von Prognosen im Rahmen eines vom Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) erteilten Auftrags zur Strukturberichterstattung. In seiner Wertung der Strukturberichterstattung in den letzten zehn Jahren schreibt das Wirtschaftsministerium dazu: „Schwerer noch wiegt die ordnungspolitische Problematik, wenn mit quasi-amtlichen Prognosen faktisch auf unternehmerisches Suchverhalten und Marktanpassungsstrategien Einfluß genommen wird. Dies müßte zwangsläufig auch die klar gezogenen Grenzen zwischen staatlicher und unternehmerischer Verantwortlichkeit verwischen; der öffentliche Auftraggeber würde insbesondere bei Fehlprognosen auf kurz oder lang in die Pflicht genommen“ (BMWi 1987, S. 8). Sicherlich gibt es Möglichkeiten, den Anschein der „Quasi-Amtlichkeit“ zu vermeiden. Ein erster Schritt besteht aus der Sicht des BMWi darin, daß zwar Prognosen nicht Bestandteil des Auftrags der Strukturberichterstattung sind, es den Instituten aber freigestellt ist, auch im Rahmen der Strukturberichterstattung Sektorprognosen zu erstellen. Dies ist bisher nicht geschehen, für die Zukunft aber durchaus denkbar.

Strukturberichterstattung und Politikberatung

Auf der Grundlage empirisch abgesicherter Analysen lassen sich auch ohne explizite Prognosen wirtschaftspolitische Empfehlungen aussprechen. Mehr als auf die subtile Darstellung des Diagnose-Prognose-Zusammenhangs kommt es auf eine Offenlegung der getroffenen Annahmen und Zielvorstellungen solcher Empfehlungen an.

Ein wesentliches Ziel der Strukturberichterstattung sind Analysen der Wirkung wirtschaftspolitischer Aktivitäten. In den Strukturberichten des DIW sind Informationen zusammengetragen worden, die als Bausteine einer solchen Wirkungsanalyse gelten können und die zumindest der vom Auftraggeber geforderten Kontrollfunktion der Strukturberichterstattung gerecht zu werden versuchen. Dies gilt vor allem für den Bereich der Subventionen, deren Bewertung eines der zentralen Anliegen der Untersuchungen ist.

Subventionen werden in den Rechenwerken des Statistischen Bundesamtes nur zum Teil (laufende Zuschüsse für Produktionszwecke, Vermögensübertragungen) nachgewiesen; diese Angaben sind ergänzt und sektoral aufgespalten worden. Weiterhin waren die in den Subventionsberichten aufgeführten Steuervergünstigungen einzubeziehen. Diese umfangreichen Arbeiten bildeten in der Strukturberichterstattung 1980 des DIW die Grundlage für eine Bestandsaufnahme und Kritik der Subventionspolitik in den siebziger Jahren (vgl. DIW 1981, S. 220–266). In der Strukturberichterstattung 1983 sind diese Analysen noch vertieft worden (vgl. DIW 1984, S. 55–88). Dabei ist einmal versucht worden, den sektoralen Zusammenhang zwischen Besteuerung und Subventionierung zu quantifizieren, um sektorspezifische Belastungen und Entlastungen zu verdeutlichen. Es ist bedauerlich, daß die bereits erwähnten Einschränkungen der Steuerstatistik eine Aktualisierung dieser Untersuchungen nicht zulassen. Weiterhin wurde auf der Grundlage einer Analyse der Zielstruktur der Subventionen und ihrer Änderungen ein Katalog entbehrlicher Subventionen im Umfang von ca. 6 Mrd. DM als Anstoß für eine Kürzung und Umstrukturierung vorgeschlagen.

Dieses Beispiel macht deutlich, daß durch die Strukturberichterstattung die Informationslage bei Subventionen und anderen strukturpolitischen Tatbeständen verbessert worden ist. Dadurch ist eine Grundlage für eine Versachlichung der Diskussion um den Subventionsabbau gelegt worden. Dem dient auch die in dieser Berichtsrunde geleistete gemeinsame Arbeit der an der Strukturberichterstattung beteiligten Institute für eine einheitliche Abgrenzung und Erfassung der Subventionen.

Allerdings ist man bisher kaum über Konzepte der formalen Wirkungsanalyse bei der Besteuerung und Subventionierung hinausgekommen. Das Problem besteht vor allem darin, daß es an dem Vergleichsmaßstab — „was wäre gewesen, wenn eine Maßnahme getroffen bzw.

unterblieben wäre“ — fehlt. Einen methodischen, auch in der Strukturberichterstattung benutzten Ausweg bilden hier allein Modellsimulationen.

Die Strukturberichterstattung des DIW hat der Wirtschaftspolitik von Anfang an große Bedeutung zugemessen. Grundsätzlich stand zwar der sektorale Strukturwandel des Unternehmenssektors und damit der marktwirtschaftlich organisierte Teil der Volkswirtschaft im Zentrum, aber immer unter dem Aspekt der verschiedenen Spielarten von Wirtschaftspolitik. Damit wird der Strukturwandel als ein von vielfältigen, nicht beeinflussbaren Rahmenbedingungen (außenwirtschaftliche Vorgaben, demographische Entwicklung) geprägter — aber im Prinzip auch als wirtschaftspolitisch gestaltbarer — Prozeß aufgefaßt.

Die Prozeßpolitik (Geld-, Finanz- und Einkommenspolitik) ist in beiden Strukturberichten des DIW als oftmals zu restriktiv beurteilt worden. In Hinblick auf die Verfehlung des Vollbeschäftigungsziels ist für verschiedene Phasen in der Vergangenheit konstatiert worden, daß die Prozeßpolitik nicht hinreichend am Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes orientiert war. Gerade diese Analysen haben gezeigt, daß die lehrbuchmäßige Trennung von konjunkturellen und strukturellen Problemen häufig nicht angemessen ist. Prozeßpolitische Fehlsteuerungen können überdies zu strukturellen Problemen führen, die man prozeßpolitisch nicht beheben kann. Ärgerlich ist es jedoch, wenn in diesem Fall der „strukturelle“ Charakter des Problems so interpretiert wird, daß man zu seiner Behebung aus ordnungspolitischen Gründen relativ wenig unternehmen könne.

Problemfelder des Strukturwandels

Neben den Determinanten und Auswirkungen privater Investitionsentscheidungen muß Strukturberichterstattung immer auch die staatlichen Investitionen einbeziehen, da sie häufig als Komplementärinvestitionen oder als Voraussetzung für private Investitionen von Bedeutung sind. Diese Zusammenhänge machen es aus der Sicht des DIW unerlässlich, auch die Aufgabenverteilung zwischen Markt und Staat für einen zukunftsgerichteten und konfliktarmen Strukturwandel im Rahmen der Strukturberichterstattung zu diskutieren. Dabei versteht sich von selbst, daß es in diesem Zusammenhang nicht um eine Schiedsrichterfunktion in dem Meinungsstreit über die Angemessenheit einer bestimmten Aufgabenverteilung geht.

Im Gegensatz zu anderen Instituten hat das DIW in der Strukturberichterstattung 1983 die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft als gut beurteilt, trotz der hohen Leistungsbilanzdefizite in den Jahren 1979 bis 1981, die vor allem auf die abermalige außerordentliche Verteuerung der Erdölimporte zurückzuführen waren (DIW 1984, S. 188 ff.). Bei einer Betrachtung der längeren Periode von 1973 bis 1981 hat sich gezeigt, daß die Erhöhung der

Ölrechnung durch die gleichzeitige Ausweitung des Überschusses im Industriewarenhandel um fast die Hälfte übertroffen werden konnte. Die Spezialisierung der deutschen Wirtschaft, ihr Gütersortiment sowie ihre regionale Ausrichtung haben trotz der damaligen Aufwertung der D-Mark zur günstigen Wettbewerbsposition beigetragen. In der Phase der realen Abwertung der D-Mark Anfang der achtziger Jahre hat die Bundesrepublik ihren Anteil am realen Weltexport erhöht (DIW 1986, S. 5 ff.).

Schon diese Hinweise zeigen, daß weniger die Wettbewerbsposition selbst als ihre Beurteilung mit der jeweiligen Wechselkursentwicklung verknüpft ist. Die relativ schwache Preisreagibilität des Exports ist plausibel in Anbetracht des hohen Anteils der Investitionsgüter und seiner Konzentration auf Westeuropa. „Eher als Preise spielen hier Faktoren wie technische Daten und Qualität des Angebots, das Einhalten von Lieferfristen sowie Service eine Rolle, durch die sich enge Handelsbeziehungen eingespielt haben“ (DIW 1986, S. 8). Dennoch sind bis 1985 Chancen einiger rasch wachsender Importmärkte, vor allem der USA, nicht voll genutzt worden. Trotz einer im ganzen positiven Beurteilung der deutschen Wettbewerbsposition hat das DIW immer auch auf bestehende sektorale, gütermäßige und regionale Schwachpunkte hingewiesen.

Der Einfluß des Strukturwandels auf die Beschäftigung ist in der Strukturberichterstattung des DIW an verschiedenen Stellen analysiert worden. So wurde in der Berichterstattung 1980 das Defizit an neugeschaffenen — im Vergleich zu verlorengegangenen — Arbeitsplätzen global und sektoral beziffert (DIW 1981, S. 105 ff.). Bei einer Betrachtung der sektoralen Entwicklungen wurde verdeutlicht, daß mehr die Wachstumsbedingungen der Wirtschaftszweige, weniger die Freisetzen durch Steigerung der Arbeitsplatzproduktivität für ihre Beschäftigungsentwicklung entscheidend sind. In der überwiegenden Zahl der Fälle mußten Wirtschaftszweige mit geringem Wachstum bzw. mit Produktionsrückgängen und mit unterdurchschnittlicher Produktivitätssteigerung Beschäftigungseinbußen hinnehmen (DIW 1984, S. 152 ff.). Dieses Resultat ist in der Öffentlichkeit manchmal mißverstanden worden, so als ob eine bestimmte Produktivitätsentwicklung schon eine hinreichende Bedingung für zusätzliche Arbeitsplätze wäre. Für den Zeitraum 1978 bis 1984 wurde für die einzelnen Wirtschaftszweige festgestellt: „Überdurchschnittliche Produktivitätsfortschritte können sowohl mit einer Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen als auch mit einer Abnahme verbunden sein“ (DIW 1986, S. 21). In den international vergleichenden Analysen des DIW im Rahmen der Strukturberichterstattung ist dieser Befund für andere westliche Industrieländer bestätigt worden (DIW 1987, Heft 92/I, S. 40-43). Unerlässlich war daher eine vertiefte Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Investitionen, Produktivität und Beschäftigung, die einen Schwerpunkt der Strukturberichterstattung 1987 des DIW gebildet haben.

Ausblick

Nach wie vor eine offene Frage ist die Regionalisierung der sektoralen Strukturberichterstattung. Sicherlich ist es nicht so, daß dem Wunsch nach Regionalisierung der Strukturberichterstattung entgegensteht, „daß die zwingend notwendige gesamtwirtschaftliche Konsistenz der Analysen von den Instituten nicht geleistet werden kann“ (BMW 1987, S. 8), wenngleich das BMW selbst einschränkend hinzusetzt: „Dies gilt zumindest solange, wie nicht alle Bundesländer bereit und in der Lage sind, die dazu erforderlichen statistischen Grundlagen mit hohem Aufwand zu schaffen.“

Zweifelloos kann es als eine originäre Aufgabe der föderal aufgebauten Bundesstatistik angesehen werden, die für eine regionalisierte Strukturberichterstattung erforderliche Datengrundlage in konsistenter Weise zu schaffen. Die wachsende Zahl von Länderstrukturberichten zeigt, daß hier auch genug Spielraum sowie ein ausgesprochenes Interesse bestehen. Wenn sich die amtliche Statistik aus verschiedenen Gründen dennoch nicht in der Lage sieht, entsprechende Vorarbeiten zu leisten, können die Institute dies in eigener Verantwortung übernehmen; dies wäre ein klassischer Fall von „Pionierleistungen“. Die Institute wären wohl in der Lage, mit der VGR abgestimmte regionalstatistische Informationen in einer Breite zu erarbeiten, die wesentliche Aufschlüsse über die regionale Dimension des sektoralen Strukturwandels versprechen. Dies wird auch aus einer unlängst abgeschlossenen Untersuchung des DIW über „Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesländer in den siebziger und achtziger Jahren — eine vergleichende Analyse“ deutlich. In ihr ist versucht worden, ein regionalstatistisches Informationssystem zu erarbeiten, das im Grunde auch für die Regionalisierung von Teilen der sek-

toralen Strukturberichterstattung auf Bundesebene geeignet ist.

Die Strukturberichterstattung befindet sich nach wie vor im Spannungsfeld der Kontroversen um die angemessene wirtschaftspolitische Orientierung. Ansprüche und Bewertungen sind weiterhin von den jeweiligen gesellschaftspolitischen Standpunkten geprägt. Durch die auftragsgemäße Ausklammerung von Strukturprognosen und die Vernachlässigung regionaler Aspekte ist aber die Strukturberichterstattung in verhältnismäßig ruhige Fahrwasser gelenkt worden. Ihre Informationsfunktion wurde in dem Maße geschätzt, wie klar wurde, daß Informationen nicht notwendigerweise zu Interventionen führen. Auch deswegen sind die Vorbehalte im Zeitverlauf geringer geworden. Die Verwissenschaftlichung des Auftrags und seiner Erfüllung hat es auch der neuen Bundesregierung erleichtert, die Strukturberichterstattung fortzuführen.

Aus der Sicht der Institute ist es schwierig, die politischen Wirkungen der Strukturberichterstattung zu beurteilen. Ihre Stärke ist die Bereitstellung und Bündelung von Informationen in einem einheitlichen Rahmen, der die Interdependenz wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Handlungen berücksichtigt und damit auch Entscheidungen vermeiden hilft, die nur partielle Wirkungen im Visier haben, den Gesamtzusammenhang aber vernachlässigen. „Die zunehmend erkannte Komplexität der Strukturbildung hat manchen naiven Interventionismus verhindert oder vermindert“ (Noé 1987). Diese Einschätzung ist Ansporn, in der Strukturberichterstattung auch weiterhin zu versuchen, die Informationsbasis für alle am Wirtschaftsprozeß Beteiligten zu verbreitern, das Problembewußtsein zu schärfen und damit die Grundlagen für wirtschaftspolitische Entscheidungen und deren Koordinierung zu verbessern.

Literaturverzeichnis von Reaktionen auf die Strukturberichterstattung

Arbeitgeber

- G. Voss: Strukturpolitik — Zwischen Markt und Lenkung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 24/80, S. 3 ff.
- J. Bauer, K.-D. Klages, Strukturberichterstattung auf dem Prüfstand, in: Der Arbeitgeber, Nr. 21/33, 16. Jg., 1981.
- G. Voss: Trend zur Dienstleistungsgesellschaft oder Re-Industrialisierung?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22/82, 5. Juni 1982.
- G. Voss: Neuere Ansätze sektoraler Strukturpolitik, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik des Instituts der deutschen Wirtschaft, 126, 5/1984.

Gewerkschaften

- J. Glaubitz, K. Marth: Strukturberichterstattung: Wirtschaftliche Entwicklung als ein „Lern- und Entdeckungsprozeß“, in: WSI-Mitteilungen 12/1977, S. 714 ff.
- D. Hockel: Strukturberichterstattung als Mittel der Strukturpolitik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 29. Jg., 1978, S. 477 ff.
- DGB (A. Pfeifer): Gewerkschaftliche Forderungen für eine Strukturberichterstattung, in: Wirtschaftspolitische Informationen, Nr. 4, 1980 (13.5.1980).
- D. Hockel: Strukturberichterstattung aus gewerkschaftlicher Sicht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24/80 (14.6.1980).
- DGB (A. Pfeifer): Strukturberichterstattung. Wirtschaftspolitische Informationen Nr. 4, 1981 (17. Juli 1981).
- D. Hockel: Strukturberichterstattung — ein ordnungspolitisches Thema?, in: List-Forum, Bd.11, 1981/82, Heft 3, S. 176 ff.
- J. Welsch: Strukturwandel und Arbeitslosigkeit. Ausgewählte Ergebnisse der Strukturberichterstattung, in: WSI-Mitteilungen 34/1981, S. 471 ff.
- D. Hockel: Forschungs- und Technologiepolitik als Strukturpolitik?, in: WSI-Mitteilungen 8/1981, S. 494 ff.
- K. Mehrens: Strukturberichterstattung und gewerkschaftliche Politik, in: WSI-Mitteilungen, 8/1981, S. 514 ff.
- Stellungnahme des DGB zur sektoralen Strukturberichterstattung 1983, Düsseldorf, 27.2.1984.
- Vorstellungen des DGB zur Fortsetzung der Strukturberichterstattung, Dokumentation, in: WSI-Mitteilungen 8/1984.
- J. Welsch: Wo steht die Strukturberichterstattung heute?, in: Wirtschaftsdienst 5/1984.
- J. Welsch: Gewerkschaften und Strukturwandel. Strukturberichterstattung der Forschungsinstitute. WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung Nr. 57, Köln 1986.

- J. Welsch: Zehn Jahre Strukturberichterstattung, in: Wirtschaftsdienst 1987/VII, S. 355 ff.

Internationale Organisationen

- OECD: Positive Adjustment Policies in Germany: Annex II, Structural Reports (27.4.1981).

Regierung

- H. Tietmeyer: Die Strukturgutachten der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute, in: Wirtschaftspolitische Blätter 1978-5, S. 35 ff.
- Stellungnahme der Bundesregierung zu den Berichten der fünf an der Strukturberichterstattung beteiligten Wirtschaftsforschungsinstitute. Bundestags-Drucksache 9/762 v. 26.8.1981.
- Strukturberichte, in: Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, Nr. 11/1981 (10. Febr. 1981).
- K.-D. Nehring, K. Müller: Stand und Perspektiven der Strukturberichterstattung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22/82, 5. Juni 1982, S. 22 ff.
- Sektorale Strukturberichterstattung, Ergebnisse der Strukturberichte 1983, in: Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, Nr. 2/1984 v. 12.1.1984.
- Stellungnahme der Bundesregierung zu den Strukturberichten 1983, Bundestags-Drucksache 10/1699 vom 29.6.1984.
- C. Noé, Das Projekt Strukturberichterstattung, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, a.a.O., S. 46-68.
- Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft — Entwicklung des BMWi-Forschungsprojekts, Der Bundesminister für Wirtschaft, Bonn, August 1987.

Statistisches Bundesamt

- M. Engelmann u.a.: Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Zwecke der sektoralen Strukturberichterstattung, in: Wirtschaft und Statistik 10/1979.
- F. Dorow: Strukturberichterstattung und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, in: Wirtschaft und Statistik 10/1987.

Symposien

- BDI/IW-Symposium: Strukturberichterstattung, Ein Informationsinstrument der Wirtschaftspolitik? 4. und 5. Dezember 1979, Köln.

Konferenz zur Strukturberichterstattung, veranstaltet vom Internationalen Institut für Management und Verwaltung/Strukturpolitik, Wissenschaftszentrum Berlin, am 5. und 6. Mai 1981 im Wissenschaftszentrum Bonn.

Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, Erfolg und Mißerfolg sektoraler Strukturpolitik, 10. u. 11. Mai 1984, Bonn, vgl. Beihefte zur Konjunkturpolitik, Heft 31, 1985.

Kreditanstalt für Wiederaufbau, Wo steht die deutsche Wirtschaft heute? Stärken und Schwächen der Unternehmen im Anpassungsprozeß, Symposium zur Strukturberichterstattung am 24. und 25. September, Frankfurt am Main.

Kreditanstalt für Wiederaufbau, Den Strukturwandel gestalten?

— Optionen für Wirtschaft und Politik, Symposium zur Strukturpolitik am 9. und 10. Oktober 1986, Frankfurt am Main.

Friedrich-Ebert-Stiftung, Die Zukunft der Strukturberichterstattung, Venusbergseminare zur Wirtschaftspolitik, 12. u. 13. März 1987, Bonn.

BDI-Workshop zu „Perspektiven der industriellen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland“, 12.5.1987, Köln.

Wissenschaft

H. Besters: Strukturberichterstattung im Dienste aktiver Strukturpolitik zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung? List-Forum, Bd. 10, 1980.

M. Kern: Strukturtheoretische Ansätze in der Strukturberichterstattung, in: WSI-Mitteilungen 8/1981, S. 487 ff.

F. Rahmeyer: Strukturberichterstattung: Zur Konzeption der Wirtschaftsforschungsinstitute, in: WSI-Mitteilungen 8/1981, S. 462 ff.

D. Ehrig: Strukturberichterstattung als Ersatz für eine vorausschauende Strukturpolitik?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22/82, 5. Juni 1982, S. 27 ff.

B. Gahlen, F. Rahmeyer: Die Strukturberichterstattung der Wirtschaftsforschungsinstitute. Zur Konferenz des „Internationalen Instituts für Management und Verwaltung“, Wissenschaftszentrum Berlin. Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 102. Jg., 1982, Heft 2, S. 173 ff.

H. Lampert, Arbeitsmarktpolitische Aspekte der Strukturberichterstattung, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 3/1982.

J. Wagner: Arbeitsmarktheoretische Aspekte der Strukturberichterstattung 1983, in: WSI-Mitteilungen 9/1985, S. 559 ff.

Bisher vorgelegte Berichte des DIW innerhalb der Strukturberichterstattung:

Vorstudien

DIW (1977) Bernd Görzig, Wolfgang Kirner unter Mitarbeit von Reiner Stäglin: Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland — Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen, Sonderhefte des DIW, Nr. 122, 1978.

Einzelberichte

DIW (1979) in Zusammenarbeit mit dem Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Münster: Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der sektoralen Strukturberichterstattung, Berlin und Münster, 1979.

Zwischenberichte

DIW (1979): Struktureller Wandel und seine Folgen für die Beschäftigung. Zwischenbericht zur Strukturberichterstattung, Berlin, 1979; erschienen als Beiträge zur Strukturforschung des DIW, Heft 64, 1981.

DIW (1986): Zwischenbericht zur Strukturberichterstattung 1987. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW, Heft 1/2-86.

Hauptberichte

DIW (1981): Abschwächung der Wachstumsimpulse. Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1980. Beiträge zur Strukturforschung des DIW, Heft 61, 1981 (nebst zwei Materialbänden).

DIW (1984): Erhöhter Handlungsbedarf im Strukturwandel. Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1983. Beiträge zur Strukturforschung des DIW, Heft 79, 1984 (nebst einem Methodenband).

DIW (1988): Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum. Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1987.

Spezialaufträge

DIW (1984 c): Hans J. Petersen, Fritz Franzmeyer, Peter Hrubesch, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher, Herbert Wilkens: Der internationale Handel mit Dienstleistungen aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland, Beiträge zur Strukturforschung des DIW, Heft 78, 1984.

Schwerpunktthemen

DIW (1984 a): Ulrich Brasche, Christoph F. Büchtemann, Wolfgang Jeschek, Werner Müller: Auswirkungen des Strukturwandels auf den Arbeitsmarkt, Anforderungen des Strukturwandels an das Beschäftigungssystem. Beiträge zur Strukturforschung des DIW, Heft 80, 1984.

DIW (1984 b): Bernd Bartholmai, Oskar de la Chevalerie, Volker Meinhardt, Frank Stille, Dieter Teichmann und Dieter Vesper: Gesamtwirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen von Veränderungen der Struktur des öffentlichen Sektors. Beiträge zur Strukturforschung des DIW, Heft 81, 1984.

DIW (1985), Renate Filip-Köhn und Manfred Horn unter Mitarbeit von Jürgen Blazejczak: Gesamtwirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen der Energieverteuerung und internationaler Energiepreisdifferenzen. Beiträge zur Strukturforschung des DIW, Heft 84, 1985.

DIW (1986a) Frank Stille, Renate Filip-Köhn, Heiner Flassbeck, Bernd Görzig, Erika Schulz, Reiner Stäglin: Strukturverschiebungen zwischen sekundärem und tertiärem Sektor. Empirischer Befund unter Berücksichtigung neuerer Formen der Finanzierung von Unternehmenskooperation (Leasing, Factoring, Gründung von Holding-Gesellschaften u.a.), Bestimmungsgründe, Folgerungen für ausgewählte Politikbereiche, Berlin 1986.

DIW (1987): Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel, Eirik Svindland und Joachim Volz: Industriepolitik im westlichen Ausland — Rahmenbedingungen, Strategien, Außenhandelsaspekte. Beiträge zur Strukturforschung des DIW, Heft 92/I (Allgemeiner Teil) und Heft 92/II (Länderberichte), 1987.

DIW (1988a): Bernd Görzig, Wolfgang Kirner, Erika Schulz, Frank Stille: Investitionen, Produktivität und Beschäftigung. Zu den Arbeitsplatzeffekten einer verstärkten Investitionstätigkeit vor dem Hintergrund sektoraler Entwicklungen.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 56. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 3/1986 130 S. DM 78,—

An Introduction to Current Research in Disaggregated Modelling. By *Georg Erber*.

The Find-Model

The General Framework of a New Disaggregated Economic Model for the Federal Republic of Germany. By *Georg Erber*.

A Dynamic Multisectoral Model of Production, Investment and Prices Based on Flexible Cost Functions. By *Shinichiro Nakamura*.

An Almost Ideal Demand System for a Dynamic Multisectoral Model of Private Consumption. By *Georg Erber, Hansjörg Haas, Gustav Adolf Horn*.

Foreign Trade Modelling for the Federal Republic of Germany. By *Georg Erber*.

Survey on National and International Modelling Activities

Analysing Economic Policies with a Large-Scale Multisectoral Dynamic Model: The Cambridge Model of the UK Economy. By *Terry Barker*.

Principles and Practices of the Inforum Interindustry Macro Model. By *Clopper Almon*.

Integrated Economic and Energy Modelling: HERMES — A Harmonized European Research into Macrosectoral Economic and Energy Systems. By *G. d'Alcantara, A. Italianer*.

The State of the Bonn-IIASA Research Projekt. By *Wilhelm Krelle*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 4/1986 140 S. DM 74,—

Neuere Entwicklung der Innovationstheorie. Von *Jürgen Kromphardt und Manfred Teschner*.

Industrial Policy in the USA, in Japan and in Western Europe: How Competitive is Europe? By *Fritz Franzmeyer*.

The Information Sector as a Sub-System of an Input-Output-Table. By *Reiner Stäglin*.

Die Auswirkungen veränderter Unternehmensorganisation auf Kapital und Beteiligung. Von *Bernd Görzig und Erika Schulz*.

Quantitativer Vergleich der Hochschulsysteme in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Von *Wolfgang Jeschek*.

Wohnungsbau in beiden deutschen Staaten. Von *Bernd Bartholmai und Manfred Melzer*.

Reformen in der sowjetischen Industrie: Stand und Perspektiven. Von *Ulrich Weissenburger*.

Zahlenanhang: I. Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung. II. Beschäftigung und Arbeitnehmerinkommen.

Heft 1-2/1987 148 S. DM 78,—

Strukturwandel bei Gewinnen und Investitionen. Von *Bernd Görzig*.

Einkommen aus Wohnungsvermietung — Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, unterteilt für die Bereiche eigengenutzte und vermietete Wohnungen. Von *Bernd Bartholmai*.

FIND-Modell. Sektorale Vorratsinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland 1961-1980 — Eine empirische Analyse. Von *Gustav Adolf Horn*.

Zur Verwendung von Input-Output-Informationen in ökonometrischen Modellen für die Bundesrepublik Deutschland. Von *Manfred Kiy*.

Ansatzpunkte für eine quantitative Schätzung der künftigen Werbemarktentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Von *Wolfgang Seufert*.

Die Rolle der DDR in der gemeinsamen Industriepolitik der RGW-Staaten. Von *Heinrich Machowski*.

Energiepolitik in der UdSSR: Ein neuer Kurs? Von *Jochen Bethkenhagen*.

Die Wirtschaft der CSSR in den achtziger Jahren. Von *Maria Lodahl*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Peter Ring, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Dr. Jochen Bethkenhagen.

10 Jahre Strukturberichterstattung des DIW. Bearbeitet von Frank Stille

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.

— Hierzu ein Prospekt des DIW —